

ISOR aktuell

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nr. 12 / 99 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Dezember 1999

Wir geben nicht auf!

HORST PARTON

Nur noch wenige Tage und ein Jahr neigt sich wieder seinem Ende zu und die Zahl 1 als erste der Jahreszahl wird verschwinden. Erneut ist mit dem Jahreswechsel die Hoffnung auf Frieden, mehr soziale Gerechtigkeit und Achtung der Menschenwürde in unserem Land, in Europa und der ganzen Welt verbunden. Unsere Initiativgemeinschaft wird alles in ihren Kräften Stehende tun, mit dazu beizutragen, damit sich diese Hoffnungen für die Menschen erfüllen. Wir wissen aber um die Schwere dieser Aufgabe. Trotzdem: Es ist besser, überhaupt etwas dazu zu tun, als dem gegenwärtig wirren Treiben der Politik tatenlos zuzusehen.

ISOR e. V. und ihre Mitglieder haben sich 1999 bei vielen Aktionen gegen die Gefährdung des Friedens, den Abbau von Menschenwürde und sozialer Gerechtigkeit eingebracht und werden auch weiterhin aktive Beiträge dazu leisten.

Das kann ISOR aber nur erfolgreich verwirklicht werden durch ein noch engeres Zusammenrücken mit Verbänden und Vereinen, die gleichlautende Forderungen erheben.

Für die Mitglieder unserer Initiativgemeinschaft war das Jahr 1999 von besonderer Bedeutung. Am 28. April dieses Jahres verkündete der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts die lang ersehnten Urteile zum AAÜG.

Mit diesen Urteilen haben wir eine sehr wichtige Etappe unseres Kampfes um Rentengerechtigkeit, aber noch nicht unser Ziel erreicht. Mit tiefer Enttäuschung haben wir das Fortbestehen von Teilen des Rentenstrafrechts zur Kenntnis nehmen müssen.

Die sich daraus ergebenden Konsequenzen für ISOR hat der Vorstand mit dem Beirat beraten und über unser weiteres Vorgehen wurden wichtige Beschlüsse durch die Vertreterversammlung im Juli 1999 gefasst. Dem entsprechend hat Rechtsanwalt Dr. Friedrich Wolf nach gründlicher Prüfung und dem Einholen von Sachverständigenurteilen durch den Vorstand auftragsgemäß und termingerecht in ausgewählten Musterfällen Men-

schensrechtsbeschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingelegt.

Nach dem Urteil von Karlsruhe haben sich Vorstand, TIG-Vorstände und viele Mitglieder aus den TIG an die Bundesregierung und die Parlamentarier der Regierungskoalition mit der Bitte gewandt, im Namen der Betroffenen schnell die Urteile des BVerfG in gesetzliche Regelungen zu fassen. Der Vorstand erklärte seine Bereitschaft zu aktivem Mitwirken im Gesetzgebungsverfahren und hat konkrete Vorschläge eingereicht. Trotz aller politischen Erklärungen und Versprechungen handelt die Bundesregierung nur zögerlich. Wie schnell es zu Änderungen kommt, hängt ganz entscheidend vom politischen Druck von unten ab.

Tausende und abertausende Stimmen müssen deshalb weiter deutlich machen, wie dringlich die Gesetzesänderung ist. Wir haben keine Zeit bis ins Jahr 2001 zu warten.

Schon das Warten im Jahr 1999 und die komplizierten Probleme um das Wann und Wie der Neuberechnung der Renten waren eine kaum erträgliche neue Last. Unverständliche Rentenbescheide haben in jüngster Zeit für zusätzliche Verwirrung gesorgt. Alles das sollte für unsere Mitglieder Anlass sein, sich erneut persönlich an die Bundesregierung und die Abgeordneten der Regierungskoalition im Bundestag - besonders die Abgeordneten aus den neuen Bundesländern - zu wenden. Unsere älteren Mitglieder haben besonderen Grund zur Eile aufzufordern, denn jeder Tag weiteren Wartens ist ein Tag verlorener Lebensqualität. Dabei sollten wir uns durch nichts und von niemandem von unserem berechtigten Kampf abbringen lassen und weiterhin aktiv und solidarisch handeln. Das immer im Sinne unserer Satzung und der Entschließung der Vertreterversammlung.

Aus bisher vorliegenden Berichten aus den TIG wird deutlich, dass sich unsere Initiativgemeinschaft stabil entwickelt und an Stärke zugenommen hat. Und das trotz Austritten und einer leider hohen Anzahl verstorbener Mitkämpfer.

Im Jahr 2000 bleibt die Beseitigung jeder Form noch bestehenden Rentenstrafrechts sowie der Versorgungsbenachteiligung das Hauptanliegen unserer Arbeit. Dabei bleibt die Solidarität, die gegenseitige Hilfe in schwierigen Lebenslagen Maxime unseres Handelns.

Im Namen des Vorstandes danke ich allen Mitgliedern des Beirates, den Mitgliedern in den Arbeitsgruppen beim Vorstand, den TIG-Vorständen, den Betreuerinnen und Betreueren bzw. den Gruppenkassiererinnen und Kassierern für ihr unermüdetes und aktives Wirken, das es ermöglichte, die politischen und juristischen Aktivitäten in den TIG zu erhöhen.

Unser Dank gilt allen Mitgliedern unserer Initiativgemeinschaft für ihre Aktivitäten bei der Umsetzung der Beschlüsse unserer Vertreterversammlung vom Juli 1999 und ihre Bereitschaft, einen zusätzlichen Beitrag für die Begleichung der Rechtsverfolgungskosten zu leisten.

Der Vorstand und der Beirat von ISOR e. V. wünscht allen Mitgliedern und ihren Familienangehörigen für das neue Jahr alles erdenklich Gute, Gesundheit und Freude am Leben.

Möge das Jahr 2000 das Jahr der restlosen Beseitigung des Rentenstrafrechts und der Versorgungsbenachteiligung für alle Betroffenen werden.

ISOR an SPD-Abgeordnete der neuen Bundesländer und Berlins

Der Vorstand wandte sich mit Briefen an die Abgeordneten der SPD-Bundesfraktion aus den neuen Bundesländern und Berlins und betont darin, daß nach der Abwahl der Kohlregierung und den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts der Weg frei ist, die durch Karlsruhe grundsätzlich bestätigte Rechtsauffassung, wie sie im SPD-Bundestagsfraktions-"Entwurf eines Gesetzes zur Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes" von 1995 vertreten wurde, nunmehr zu verwirklichen. Es wird das besondere Gewicht der Stimmen der Abgeordneten aus den neuen Bundesländern in dieser für die Interessen der inneren Einheit und des inneren Friedens in der BRD in dieser bedeutsamen Problematik betont. Mit diesen Briefen wird auch auf die Übereinstimmung der Auffassungen von ISOR e.V. mit dem Bund der Ruhestandsbeamten, Hinterbliebenen und Rentner im Deutschen Beamtenbund hingewiesen und den Abgeordneten der Inhalt der Entschließung der außerordentlichen Vertreterversammlung von ISOR e.V. vom 24. Juli 1999 zur Kenntnis gebracht.

Die PDS-Fraktion brachte am 9. 11. 1999 eine „Kleine Anfrage zur gesetzlichen Neuregelung der Überführung von Ansprüchen und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der DDR in die gesetzliche Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland“ in den Bundestag ein, in der es u.a. heißt:

„Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat am 28. April 1999 zur Verfassungsmäßigkeit der Überführung von Ansprüchen und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der DDR in die gesetzliche Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland vier Urteile gefällt. Aus allen vier Urteilen ergibt sich ein dringender Handlungsbedarf zur gesetzlichen Neuregelung. Dafür wurde vom Bundesverfassungsgericht eine Frist bis zum 30. Juni 2001 gesetzt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Bundesregierung

1. Bis zu welchem Termin unterbreitet die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag Vorschläge für die erforderlichen gesetzlichen Neuregelungen? ...
2. Sollen die gesetzlichen Neuregelungen auch auf bereits bestandskräftige Rentenbescheide ausgedehnt werden?
3. Welche nach dem 1.1.1997 noch bestehenden Entgeltbegrenzungen unterhalb der allgemeinen Beitragsbemessungsgrenze sollen aufgehoben werden?
4. Wie beabsichtigt die Bundesregierung, aufgrund der ihr vorliegenden Gutachten über die Einkommensverhältnisse der ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS die angemessene Berücksichtigung von Arbeitsentgelten bis zur Beitragsbemessungsgrenze zu regeln? ...“

Aus einem Brief der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommerns

„ ... Im Rahmen erster Gespräche auf Fach-ebene haben sich die Vertreter des Landes Mecklenburg-Vorpommern für eine differenziertere Anerkennung der Arbeitsentgelte bei der Personengruppe der Angehörigen des Sonderversorgungssystems des MfS/AfNS ausgesprochen. ... Die Landesregierung ... wird sich dafür einsetzen, dass die bisherigen Ungerechtigkeiten in naher Zukunft beseitigt werden.“

Aus einem Brief des Ministeriums für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt:

„... Aus meiner Sicht ist der Bundesgesetzgeber jetzt in der Pflicht. Wie verlautet wird das Bundesarbeitsministerium die vom Bundesverfassungsgericht gesetzte Frist bis zum 30.06.2001 nicht ausschöpfen und vielmehr in absehbarer Zeit einen Gesetzentwurf vorlegen. ...“



Aus unseren
TIG



Auf Initiative der TIG Schwerin fand Mitte Oktober mit dem Bundestagsabgeordneten Hans-Joachim Hacker (SPD) ein Gespräch zur Umsetzung der Urteile des Bundesverfassungsgerichts statt. Daran nahmen Vorstand und Kassierer der TIG und die TIG Vorsitzenden des ehemaligen Bezirkes Schwerin teil. Herr Hacker machte deutlich, daß die Haltung in der SPD-Fraktion nach wie vor differenziert ist. Mehrfach richtete er die Aufforderung an die Mitglieder von ISOR, durch Schreiben an Politiker und Abgeordnete dazu beizutragen, eine sichere Mehrheit für eine Gesetzesänderung zu schaffen, die die Rentenansprüche bis zur Beitragsbemessungsgrenze für die Betroffenen sichert. Er rechne damit, daß der Gesetzentwurf des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung im Frühjahr vorliegen wird. Herr Hacker machte in der Diskussion auch deutlich, daß er konsequent für die Wiederherstellung der Wertneutralität des Rentenrechts eintritt. Es könne nicht angehen, daß nur eine Personengruppe für die Fehler der Vergangenheit gerade stehen soll, die sie in ihrer Mehrheit nicht einmal zu verantworten hatte. Herr Hacker, der bereits mehrmals Gast der TIG Schwerin war, erklärte sich abschließend bereit, auch im kommenden Jahr wieder als Gesprächspartner zur Verfügung zu stehen. **Dr. Eckhard Reisener**



Ähnlich wie Herr Hacker äußerte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Mathias Schubert in der Versammlung der TIG Erkner/Fürstenwalde. Er verwies auf das besondere Gewicht der Abgeordneten aus den neuen Bundesländern in den Fragen der Beseitigung des Rentenstrafrechts und ermunterte dazu, sich stärker direkt an diese zu wenden.



Die TIG Glauchau/Hohenstein und Chemnitz hatten zu Informationsveranstaltungen die Vorsitzende des Petitionsausschusses des Bundestages, Frau Heidemarie Lüth (PDS), eingeladen. Die Ausführungen in den gut besuchten Zusammenkünften, an denen auch Gäste anderer Verbände teilnahmen, vermittelten einen Einblick in die Arbeitsweise und die Möglichkeiten des Petitionsausschusses. Die Veranstaltungen bestärkten die Teilnehmer in dem Bemühen, weitere Aktivitäten zu entwickeln, nicht nachzulassen und so viel wie möglich weitere Mitglieder zu gewinnen, ihren Protest und ihre Betroffenheit am persönlichen Beispiel darzulegen.

Zum Abschluss der Veranstaltung in Chemnitz wurden Frau Lüth Sammelpetitionen mit insgesamt 994 Unterschriften übergeben. Darin forderten die Mitglieder der TIG Chemnitz sowie deren Verwandte und Bekannte die baldige Umsetzung der Urteile des BVerfG

vom 28.04.1999 und die vollständige Beseitigung des Rentenstrafrechts.

Horst Beckert



Am 13. 11. 1999 führte die TIG Klingenthal/Auerbach/Reichenbach ihre jährliche Hauptversammlung, verbunden mit einem zünftigen Schlachtfest, unter Teilnahme der Ehepartner durch.

Die Veranstaltung wurde genutzt, um über den Stand der Umsetzung der Urteile des BVG vom 28.04.99 auf der Grundlage des Artikels von Prof. Dr. Edelmann in **ISOR aktuell** 11/99 zu informieren.

Von allen Anwesenden wurde eine Eingabe an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages unterzeichnet. Sie enthält die Forderung nach endgültiger Beseitigung des noch bestehenden Rentenstrafrechtes sowie nach umgehender Umsetzung der Urteile des BVG in ihrer Gesamtheit durch den Gesetzgeber.

Harald Schindler



Nach den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts vom 28.4.99 haben sich viele Mitglieder der TIG Eisenach erneut an Parteien, Fraktionen, Ausschüsse, Minister und Mitglieder des Bundestages gewandt, ihre Positionen dargelegt und das notwendige Handeln verlangt.

Die vergangenen Jahre haben uns gelehrt, dass wir beharrlich und vielgestaltig unser Recht einfordern müssen. Auf der Grundlage der Urteile des Bundesverfassungsgerichts

sollten wir weiterhin die politisch Verantwortlichen an ihre Pflichten mahnen. Wir dürfen auch mit lapidaren Antworten nicht zufrieden sein und klare Aussagen zu unseren Fragen fordern, d. h. einen regelrechten Dialog führen. Die Mitglieder des Bundestages im Wahlkreis werden bei den parlamentarischen Verfahren votieren müssen. Ob das gut oder negativ ausfällt, liegt auch etwas in unserer Hand. Suchen und pflegen wir also den brieflichen/persönlichen Kontakt zu diesen Politikern.

Rolf Raschke



Zur Arbeit einer TIG gehört auch die möglichst exakte Erfassung der Mitgliederbewegung. In der TIG **Berlin-Hohenschönhausen** mit mehr als 1450 Mitgliedern werden große Anstrengungen unternommen, um die ständigen Veränderungen wie Eintritte, Zuzüge, Austritte, Wegzüge und Verstorbene zu registrieren.

Dennoch geschieht das nicht lückenlos, weil teilweise keine diesbezügliche Meldung erfolgt. Dabei liegt es erstrangig im Interesse der Mitglieder selbst, Ihrem Vorstand bzw. Rechtsanwalt eine Veränderungsmeldung zu überlassen.

In der TIG Hohenschönhausen gibt es seit Anfang des Jahres 1996 339 Eintritte, 54 Austritte, 110 Zuzüge, 249 Wegzüge und 59 Verstorbene. Damit ist natürlich auch ein erheblicher organisatorischer Aufwand erforderlich. Die Mitgliederzahl der TIG Hohenschönhausen ist seit 1996 absolut um 87 Mitglieder angestiegen. In diesem Jahr sind es bisher bereits 51 Mitglieder.

Auf Grund der Größe der TIG ist die individuelle Betreuung der Mitglieder sehr schwierig. Sie erfolgt vorwiegend mit Hilfe der über 65 Betreuer (Kassierer) und der Vorstandsmitglieder, die im direkten Kontakt erforderliche Hilfe und Unterstützung gewährleisten. Die Zielstellung des TIG-Vorstandes ist es, hier eine spürbare Verbesserung durch die Qualifizierung der Arbeit des TIG-Vorstandes, der Verbesserung der Anleitung der Betreuer und der Anpassung der Struktur der Betreuergruppen zu erreichen. Dazu hat der Vorstand bereits entsprechende Maßnahmen beschlossen.

Klaus Schlegel



Die kürzliche Mitgliederversammlung der TIG **Wittenberge/Perleberg** beinhaltete die Auswertung des Karlsruher Urteils zur Beseitigung des Rentenunrechts und die sich aus der Vertreterversammlung ergebenden Aufgaben. Die Teilnehmer waren sich darin einig, daß mit der 1,0-Begrenzung der Entgeltpunkte das Rentenstrafrecht nicht vollständig aufgehoben wurde. Der einzige Weg führe über den solidarischen Zusammenhalt aller

Betroffenen und Sympathisanten im Kampf für Gerechtigkeit, hieß es. In zahlreichen Schreiben an verantwortliche Politiker haben unsere Mitglieder mit Nachdruck die Aufhebung der Entgeltbegrenzung und zur Eile bei der Änderung des AAÜG angemahnt. Hierzu gaben Vorstandsmitglieder in individuellen Gesprächen Anregungen und Unterstützung. Die geänderten Entgeltbescheide des Bundesverwaltungsamtes erreichten inzwischen einige Rentner. Dazu gab es zahlreiche Fragen an den Vorstand unserer TIG, besonders von den älteren Betroffenen, die keine Widersprüche eingereicht hatten. Hier gaben wir Hilfe nach Rücksprache mit dem Vorstand von ISOR und den Rechtsanwälten Bleiberg und Schippert. Ihnen unseren herzlichen Dank im Namen aller Mitglieder.

Heinz Bleß



In der TIG **Pößneck** haben wir uns nach den Karlsruher Urteilen in Vorstand und Mitgliederversammlung eine klare Linie erarbeitet, wie wir unsere Mitglieder an Petitionsaktionen heranzuführen und unterstützen können.

Der Erfolg blieb nicht aus. Wir verschickten bei einer TIG-Stärke von 40 Mitgliedern – (wovon sich an den Aktivitäten 35 beteiligten):
im 1. Halbjahr 1999 138 Briefe
im 2. Halbjahr 1999 103 Briefe
an Fraktionen und Politiker.

Wir wollen nicht bis in das Jahr 2001 warten, wir dürfen nicht locker lassen.

Mich befremdet immer wieder, wenn ich aus verschiedenen TIG Vorsitzende treffe und diese mir mitteilen, noch keine Aktivitäten entwickelt zu haben. Haben sie ihre Ziele erreicht und die anderen vergessen? Vielleicht sollten sich alle nochmals den Artikel von Gerd Niebling zur Solidarität (**ISOR aktuell** 10/99) durchlesen, um zu begreifen wie wichtig Solidarität ist!

Fritz Wächter



Aus **Sonneberg/Neuhaus** wird berichtet:

Seit der Vertreterversammlung konnte unsere TIG neun neue Mitglieder gewinnen. Drei weitere Ehemalige erklärten ihren Beitritt zum 1.1.2000. An 15 weitere ehemalige Angehörige wurden entsprechend der „Stendaler Initiative“ Briefe mit dem Aufruf versandt, nicht länger abseits zu stehen.

Aus der Postmappe

Als Ehefrau eines ehemaligen Mitarbeiters des MfS habe ich das Bedürfnis, selbst tätig zu werden und an der Seite meines Mannes für die vollständige Beseitigung des Rentenstrafrechts einzutreten. Aus diesem Grunde wurde ich auch Mitglied von ISOR und

schrrieb, wie viele andere, zum wiederholten Male an eine Vielzahl von Politikern und Instanzen. Dabei habe ich den Eindruck gewonnen, dass gerade die individuellen Briefe, in denen die persönlichen Belange und Entwicklungen geschildert werden, zu einer differenzierteren Sicht der Briefempfänger verhelfen können. Jetzt geht es darum, derartige Aktivitäten weiter zu verstärken und den vom BVerfG eingeräumten Entscheidungsspielraum von 1,0 EP bis zur Beitragsbemessungsgrenze einzufordern. Das ist besonders wichtig, weil gerade in nächster Zeit die Gesetzesentwürfe mit entsprechenden Neuregelungen zu erarbeiten sein werden. Wir können dazu beitragen, dass überzeugende Argumente helfen, unsere Rechte einzufordern. Wenn wir diese Zeit nicht genügend aktiv nutzen, müssen wir uns selbst den Vorwurf der Untätigkeit machen, wenn über unsere Köpfe hinweg Entscheidungen getroffen werden.

Nur gemeinsam und solidarisch können wir den Erfolg unserer gerechten Forderungen erreichen. Darum sollten auch alle Ehepartner, Verwandte und Freunde der vom Rentenstrafrecht Betroffenen durch Briefe ihre Solidarität zum Ausdruck bringen und damit zeigen, dass wir uns nicht mit dem Mindestmaß von 1,0 EP abfinden, denn diese Regelung enthält immer noch Elemente des Rentenstrafrechts. Inge Franke, Berlin-Friedrichshain



Ich beziehe mich auf die Leserschrift meines Freundes Alfred Krause (**ISOR aktuell** 11/99), dem ich alles Gute im Kampf gegen seine schwere Krankheit wünsche. Zwei Gedanken möchte ich aufwerfen: Die Solidarität darf nicht vergessen werden. ... Solidarität heißt auch, die Aktivitäten nicht Anderen zu überlassen. Alfred Krause, Siegfried Felgner und andere haben in **ISOR aktuell** deutlich gemacht, dass sich noch zu viele in Passivität üben. Besonders appelliere ich diesbezüglich an die Ehemaligen, die in der NVA dienten und seit dem 1.1.1997 ihre Rente ungekürzt bis zur Beitragsbemessungsgrenze erhalten, ganz gleich, wo sie heute organisiert sind. Aber auch die noch Betroffenen verfügen über Reserven. Nur eine Petition schreiben reicht nicht aus und erst recht nicht das Verstecken hinter Aktivitäten der TIG oder des Vereins. ... Noch ein zweiter Gedanke: wie ich **ISOR aktuell** entnehme, ist das Verbandsleben in den TIG interessanter geworden. Was machen wir aber mit den Mitgliedern, die aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht mehr oder nur noch selten an den Versammlungen teilnehmen können? Wir brauchen ihre Solidarität und sie brauchen unsere. Ich sage es mal mit Schiller so: „Verbunden werden auch die Schwachen mächtig.“ Werner Käseberg, Strausberg

Die AG Recht informiert

Mitte November hat die BfA 3000 Bescheide versandt, die einige Verwirrung in der Mitgliedschaft gestiftet haben. Weitere 2600 Bescheide werden folgen. Betroffen sind die Mitglieder, welche bereits im Dezember 1991 Rentner waren.

Diese Bescheide enthalten noch nicht die Neuberechnung der Renten nach 1,0 Entgeltpunkten. Sie stellen nur fest, ob es nach der Rücknahme der Rentenkürzung auf 802 DM eine Nachzahlung gibt. Weiterhin unterziehen sie den bestandsgeschützten Betrag, der nach der Versorgungsordnung im Juli 1990 zugestanden hat, der **Renten Anpassung West.** Das Ergebnis ist schlechter, als bei der Renten Anpassung Ost. Deshalb wird es notwendig, vorsorglich gegen die Bescheide fristgemäß Widerspruch zu führen. Dazu haben alle TIG-Vorstände am 23. November 1999 die Information Nr. 4/99 erhalten.

Für die Widerspruchsführung wird folgendes Muster empfohlen:

Absender Datum
Adresse des Rentenversicherungsträgers
Versicherungsnummer:
Ihr Bescheid vom ... 1999

Sehr geehrte Damen und Herren,
gegen den Bescheid vom ... 1999 lege ich Widerspruch wegen der Anpassung des Betrags meiner Leistung der Sonderversorgung an die Lohn- und Einkommensentwicklung in den alten und nicht an die in den neuen Bundesländern ein.

Dieser Widerspruch soll ruhen, bis das Bundesverfassungsgericht in Musterverfahren entschieden oder der Gesetzgeber eine meinem Anspruch entsprechende Regelung getroffen hat.

Mit freundlichem Gruß

Wir empfehlen, diesen Text möglichst ohne Zusätze zu verwenden. Die Empfänger bei den Rentenversicherungsträgern folgen erfahrungsgemäß so am ehesten dem Begehren, das Verfahren ruhen zu lassen.

Die Rechtsanwälte werden in Zusammenarbeit mit ISOR e. V. Musterverfahren auswählen, die über die Gerichte erneut zum Bundesverfassungsgericht geführt werden.

Erst nach der Neuberechnung der Renten aufgrund der geänderten **Entgeltbescheide** kann schrittweise abschließend beurteilt wer-

den, in welchen Fällen die Widerspruchsführung tatsächlich sachlich begründet ist. Wie das erfolgen wird, kann erst dann beurteilt werden.

ACHTUNG **ACHTUNG**
Das Rechtsanwaltsbüro Bleiberg und Schippert hat eine neue Telefon-Nr.:
(030) 88 09 75 75

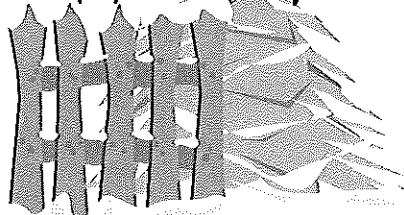
Der Vorstand teilt mit

Der Vorstand beriet auf seiner Sitzung am 24. 11. 1999 u. a. zu folgenden Fragen:

- Probleme und Aufgaben, die sich aus der Versendung von z.T. irreführenden Rentenbescheiden durch die BfA ergeben und Bestätigung der Information Nr. 4/99 (siehe auch „AG Recht informiert“).
- Brief des Vorstandes an die SPD-Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus den neuen Bundesländern und aus Berlin. (Siehe S. 1)
- Erste Gedanken zur Arbeit von ISOR im Jahr 2000, u. a. mit inhaltlichen Problemen einer Beiratstagung am Anfang des neuen Jahres. Die Diskussion wird im Dezember fortgesetzt.
- Die aktuelle Finanzsituation von ISOR e. V., die sich aufgrund der finanziellen Unterstützung durch die Mitgliedschaft wesentlich verbessert hat. Der Verlust im kommerziellen Bereich betrug per 31. Oktober noch rd. 80 TDM. Daraus ergibt sich die begründete Hoffnung auf ein geringfügiges positives Ergebnis.

Zu den Diskussionen wurden durch den Vorsitzenden und andere Vorstandsmitglieder mit besonderem Nachdruck die Kampfbereitschaft der Mehrzahl der Mitglieder, die fortwährende Solidarität der vom Rentenstrafrecht Befreiten und die hohe Einsatzbereitschaft vieler Hunderter Funktionsträger in den TIG hervorgehoben. (Siehe dazu auch Artikel des Vorsitzenden auf Seite 1.)

*Wir wünschen allen Mitgliedern,
allen Sympathisantinnen und
Sympathisanten ruhige und
erholsame Feiertage und ein
erfolgreiches neues Jahr!*



**Wir trauern um unsere
verstorbenen Mitglieder**

WILLI BÖTTCHER, Salzwedel
WILLY BRINKMANN, Berlin-Lichtenberg
SIEGFRIED DREISE, Potsdam-Babelsberg
FRITZ DUBRAU, Forst
WERNER EICHHORN, Berlin-Hohenschönh.
WERNER GLÖCKL, Chemnitz
MICHAEL GULD, Zwickau
CONRAD HÄNCHEN, Forst
SIEGFRIED HEIDEMANN, Würzen
WERNER HENGST, Berlin-Hohenschönh.
HEDWIG HÖFTMANN, Falkensee
RUDOLF HOFMANN, Berlin-Hohenschönh.
LOTHAR KAULFUß, Berlin-Friedrichshain
HANS-JÜRGEN KÖSTER, Güstrow
ANTON LANDROCK, Berlin-Treptow
HERBERT LANGE, Hermsdorf/Thür.
OTTO LÜNSE, Wolgast/Anklam
HORST MATTYS, Belzig
HEINZ MAUERSBERGER, Salzwedel/Spänigen
ULRICH MEINKE, Pasewalk
WALTRAUD MEYER, Berlin-Lichtenberg
HERBERT MÜLLER, Gransee
KURT MÜLLER, Plauen
BRUNO PETEREIT, Leipzig
KARL PREuß, Merseburg
HARRY RÖBER, Rostock
WILLI SCHWERDTNER, Schwedt
HORST SEIDEL, Suhl
SIEGFRIED SIEGERT, Coswig
JOSEF SOBECK, Berlin-Friedrichshain
HERBERT STRIGUNOFF, Zossen
FRITZ TARUTTIS, Wisnar
GÜNTHER VÖLKER, Berlin-Marzahn
HELMUT VOIGT, Osnabrück/Stendal
WERNER WEIDENHAHN, Weißenfels
HANS-JOACHIM WENDT, Erfurt
GERHARD WENTZKE, Leipzig
PAUL WERRA, Berlin-Treptow
HEINZ WITTE, Berlin-Treptow
WOLFGANG ZWINGMANN, Aschersleben
Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

29 78 43 19 - Öffentlichkeitsarbeit
- „ISOR aktuell“

Fax: (030) 29 78 43 16

Post: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Sprechstunden:

Dienstag 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

V.i.S.d.P.: Für diese Ausgabe: Dr. Peter Fricker

d/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

Weitergeben! ★ ★ ★ Mitglieder gewinnen! ★ ★ ★ Weitergeben!